

Überflüssiger Schulkampf

Anmerkungen zur Debatte um die Zusammenlegung der Heinrich Heine-Schule und der Gustav Stresemann-Schule von Bezirksbürgermeister Lothar Pollähne

1. Der Heinrich Heine-Schule und der Gustav Stresemann Realschule ist seit Ende 2007 bekannt, daß die Verwaltung die Zusammenführung beider Schulen plant. Beide Schulen hatten also ausreichend Vorlauf, um sich auf diese Situation und die damit zusammenhängenden Folgen einzustellen. Dies ist offenbar in unterschiedlichem Ausmaß geschehen. Die Heinrich Heine-Schule hat sich intensiv mit der Frage der Zusammenführung beschäftigt und schulinterne Arbeitsgruppen gebildet. Die Stresemann-Realschule hat offenbar gehofft, die anstehende Aufgabe aussitzen zu können, obwohl zumindest dem Schulleiter seit über einem Jahr klar sein mußte, daß es zur Zusammenlegung kaum ernsthafte Alternativen geben würde. Dies hat er übrigens in einer gemeinsamen Sitzung der SchulleiterInnen und des Bezirksrates Anfang vergangenen Jahres selber eingestanden.

Die Frage der Auflassung der Grundschule Bonner Straße war zum Zeitpunkt der Erteilung des Prüfauftrags zur Zusammenlegung nicht akut. Sich heute hinzustellen und zu behaupten, die Zusammenlegung zweier Schulen geschehe nur zu dem Zweck, eine weitere Schule möglichst kostenneutral zu versorgen, entbehrt zeitlicher und logischer Konsequenz.

2. Daß der Bezirksrat Südstadt-Bult bei schulstrukturellen Veränderungen im Stadtbezirk gehört wird und seine Meinung äußert, ist sein unbenommenes Recht. Daß es im Bezirksrat zu unterschiedlichen Meinungen kommt, gehört zum politischen Alltag. Parteien verfolgen nun einmal unterschiedliche schulpolitische Konzepte. Daß SPD und BG90/Grüne eher in Richtung integrierter Beschulung tendieren, dürfte ebenso wenig überraschen wie die Präferenz der CDU für das gegliederte Schulsystem. Daß gerade in der Union zur Zeit die Zusammenführung von Haupt- und Realschulen betrieben wird, ist einzig ökonomischen Zwängen geschuldet. Beide Schulformen leiden landesweit unter Auszehrung. Daß ausgerechnet der Vertreter der Linkspartei im Bezirksrat Südstadt-Bult sich zum Sachwalter der Realschule macht, hat mit Schulpolitik wenig, mit kleinkariertem Populismus allerdings viel zu tun.

3. Ausgehend von den Irritationen, die die geplante Zusammenlegung vor allem in einem Teil der Elternschaft der Stresemann-Realschule ausgelöst hat, hat auf Betreiben des Bezirksbürgermeisters eine gemeinsame Sitzung der in Frage stehenden Schulen mit dem Bezirksrat in den Räumen der Heinrich Heine-Schule stattgefunden. Dort haben beide Schulen ihre Vorstellungen dargelegt, und Vertreter der im Bezirksrat vertretenen Parteien haben sich dazu positioniert.

Ein gemeinsames Ergebnis des knapp zweistündigen Gesprächs war die Perspektive der Errichtung einer IGS in den Räumen der Heinrich Heine-Schule, sobald die rechtlichen Vorgaben dies erlauben. Eine IGS in der Südstadt in den Räumen der Heinrich Heine-Schule kann nur vierzünftig sein. Das ist allen Beteiligten bekannt. Vorstufe für diese Neuausrichtung soll die Zusammenführung beider Schulen in einer Haupt- und Realschule sein. Auch dieser Zwischenstufe ist nicht widersprochen worden. Für eine IGS hat die Heinrich Heine-Schule die eindeutig besseren Voraussetzungen, vor allem im Hinblick auf einen ins Auge gefassten Ganztagsbetrieb.

Wer auch immer im Zusammenhang der Errichtung einer IGS den Begriff „zeitnah“ ins Gespräch gebracht hat, mag sich fragen, woher diese Information stammt. Aus den Einlassungen des Stadtbezirksrates und den Veröffentlichungen von Rot-Grün stammt sie nicht, auch wenn dies öffentlich kommuniziert wird. Die Perspektive IGS ist eine mittelfristige Perspektive. Das wissen alle Beteiligten. Nichts Anderes ist erklärt worden. Es wäre in diesem Zusammenhang durchaus angebracht, einer öffentlichen Debatte bis zum Ende zu folgen.

4. Südstadt und Bult haben ein Überangebot an Realschulplätzen und gleichzeitig einen Rückgang an Hauptschulnachfragen. Realschul-Abschlüsse bieten zur Zeit die Stresemann-Schule, die Heinrich Heine-Schule, die Peter Petersen-Schule und die Ludwig Windhorst-Schule. Die Heinrich Heine-Schule und die Peter Petersen-Schule arbeiten erfolgreich als Haupt- und Realschulen. Die Verweise auf vermeintlich weniger geglückte HRS-Modelle gehen fehl, weil soziale Brennpunkte nicht mit Südstadt und Bult zu vergleichen sind. Das entbindet Politik nicht von der Verpflichtung sich breitgefächert mit den Problemen einer Schulzusammenführung auseinanderzusetzen. Dies hat der Bezirksrat Südstadt-Bult immer zugesagt und auch eingehalten. Die Ergebnisse dieser Auseinandersetzungen mögen nicht allgemein auf Gefallen stoßen, aber Bezirksratspolitik ist mehr als die Befriedigung wie auch immer zu bewertender Einzelinteressen. Es könnte ja durchaus sein, dass es neben den Meinungsäußerungen von VertreterInnen der Stresemann-Schule auch noch andere fundierte Meinungen gibt. Die kennenzulernen hätten Leserinnen und Leser der im Stadtbezirk vertretenen Medien durchaus einen Anspruch. Das gilt auch für gescholtene Politikerinnen und Politiker.

5. Es hat in der Sitzung des Stadtbezirksrates Südstadt-Bult am 18 Februar keine Antragsberatung gegeben. Die Diskussion zur Zukunft der beiden Schulen fand im Rahmen der Bürgerinnen- und Bürger-Fragestunde statt. Dort haben Schule und Schulleiternrat der Stresemann-Schule ihre Position vorgetragen. Die Ergebnisse des gemeinsamen Gesprächs sind dabei leider stellenweise auf der Strecke geblieben. Das ist in der Fragestunde vom Sitzungsleiter angemerkt worden, ohne daß VertreterInnen der Stresemann-Schule, obwohl sie an dem gemeinsamen Gespräch

teilgenommen hatten, darauf eingegangen wären. Wer mag sich schon gerne erinnern lassen.

Daß es sich um eine gemeinsame Initiative von Rot und Grün handelt, wird in der gesamten Berichterstattung elegant unterschlagen, obwohl zwei Anrufe gereicht hätten, um Klarheit zu schaffen. Klarheit war offenbar nur von einer Seite eingeplant, aber selbst dort ist das Vorhaben reichlich verschwommen ausgeführt worden.

Südstadt und Bult haben ein hohes schulisches Angebotsprofil. Daran wird niemand rütteln wollen. Daß es im Zuge der demographischen Entwicklung zu strukturellen Veränderungen kommt, ist davon unbenommen. Es kann allerdings nicht sein, daß eine von fast 50 Prozent der Grundschulleitern im Bezirk Südstadt-Bult gewünschte Schulform dabei zum Schreckgespenst gemacht wird. Die Zukunft der Schule, das weisen nun alle internationalen Vergleichsuntersuchungen aus, kann nur integriert und ganztägig sein. Darauf, und das war die gemeinsame Auffassung der beteiligten Schulen und der Bezirksratspolitik, sollten sich die Bemühungen für die kommenden Jahre richten. Schulhofspolitik reicht da nicht aus.